

V4 Stärkung der Kinder- und Jugendbeteiligung

Antragsteller*in: Susanne Aschhoff (KV Mannheim)
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Die Landesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg setzt
2 sich dafür ein, die politische Kinder- und Jugendbeteiligung auf allen Ebene zu
3 unterstützen und zu stärken.
- 4 Demokratie lebt vom Einsatz aller Bürger*innen. Dafür ist es wichtig, dass
5 Kinder und Jugendliche von Anfang an mit demokratischen Beteiligungs- und
6 Mitmachmöglichkeiten in Berührung kommen. Sie müssen lernen, ihre eigenen
7 Interessen zu formulieren und diese aktiv in den politischen
8 Entscheidungsprozess einbringen zu können. Eine starke Teilhabe von Kindern und
9 Jugendlichen an politischen Prozessen sowie eine wirksame Politik der
10 Beteiligung und Einbindung tragen dazu bei, dass junge Menschen demokratische
11 Entscheidungen hautnah miterleben und Entscheidungen, die sich auf ihre Zukunft
12 direkt auswirken, selbst mit beeinflussen können. Dadurch werden das Bewusstsein
13 und die Akzeptanz für unsere Demokratie bereits „von klein auf“ gestärkt.
14 Gleichzeitig wird mithilfe von politischer Kinder- und Jugendbeteiligung die
15 Kompetenz der Selbstwirksamkeit vermittelt, wodurch die Resilienz der jungen
16 Menschen im Umgang mit den vorherrschenden Krisen eindeutig gestärkt wird.
- 17 In Baden-Württemberg haben wir mit den Reformen des Landtagswahl- und
18 Kommunalwahlrechts bereits erreicht, dass junge Menschen ab 16 Jahren wählen
19 dürfen und darüber hinaus selbst für kommunale Mandate kandidieren können. Zudem
20 stärkt das Land Teilhabe und Beteiligung von Jugendlichen beispielsweise durch
21 die Förderung der Jugendstiftung oder des Landesjugendrings. Weiter investiert
22 das Land in Projekte zur Demokratiebildung, sei es über die Landeszentrale für
23 politische Bildung oder die einzelnen Fachstellen des Demokratiezentrum Baden-
24 Württemberg. Im Vorfeld der Europawahl 2024 wird außerdem erstmals die
25 Juniorwahl an den baden-württembergischen Schulen durchgeführt. Auch können
26 bereits viele Kommunen gute Beispiele zur Beteiligung von Kindern und
27 Jugendlichen vorweisen. So gewann beispielsweise die Stadt Freiburg jüngst den
28 Deutschen Kinder- und Jugendpreis 2023 für ihr Projekt „Freiburg zockt!“, bei
29 dem Jugendliche sich auf Augenhöhe mit dem Oberbürgermeister zu Themen wie
30 Klimaschutz über Schule bis hin zu ÖPNV und Wohnen austauschen können. Das
31 Format ist besonders niederschwellig und spricht Jugendliche, auch
32 beteiligungsferne, direkt in ihrer Lebenswelt an. Der Dialog bietet einen Zugang
33 zur Stadtverwaltung und baut Brücken zwischen Jugend und Politik. Trotz solcher
34 Positivbeispiele im Land fehlt in manchen Städten und Gemeinden eine
35 entsprechende Infrastruktur zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen aber
36 leider immer noch fast gänzlich.
- 37 Für die Zukunft sind daher weitere Schritte notwendig. Das bereits in der
38 Gemeindeordnung aufgenommene Recht von Kindern und Jugendlichen, bei allen
39 politischen Entscheidungen, die deren Interessen berühren, in angemessener Weise
40 beteiligt zu werden, sollte durch klare Rahmenbedingungen und Qualitätsstandards
41 geregelt und strukturell auf den kommunal- und landespolitischen Ebenen
42 verankert werden. Demokratie ist die einzige Herrschaftsform, die auf Grundlage

43 der Teilhabe aller an der politischen Willensbildung Beteiligten basiert und
44 deshalb von jeder und jedem erlernt werden muss. Daher ist es außerordentlich
45 wichtig, Demokratiebildung sowie das Einüben und Erleben von Beteiligung und
46 bürgerschaftlichem Engagement in Kitas, Schulen, Ausbildungsstätten aber auch in
47 der freien Jugendarbeit zu fördern und weiter auszubauen.

48 Mit einem Einbezug von Kindern und Jugendlichen bei allen politischen Themen
49 können unterschiedliche Beteiligungsformate ausprobiert und getestet sowie
50 anschließend auch etabliert werden. Kinder und Jugendliche sind Bürger*innen der
51 Stadt oder Gemeinde, in der sie leben, und dadurch auch von allen Entscheidungen
52 der Kommune direkt betroffen. Die Auswahl der Themen, an denen Kinder und
53 Jugendliche beteiligt werden sollen und somit der Grad der eigenen
54 Betroffenheit, soll dabei bei den Kindern und Jugendlichen selbst liegen und
55 nicht von den Einschätzungen und Meinungen von erwachsenen Politiker*innen oder
56 der Verwaltung abhängen. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, dass bei der
57 Stärkung von politischer Kinder- und Jugendbeteiligung alle zeitliche Phasen
58 eines Entscheidungsverfahrens – in der Verwaltung, in politischen Gremien oder
59 auch im außerpolitischen Bereich – betrachtet und in gleicher Weise mit
60 einbezogen werden. Für eine Umsetzung und Ausgestaltung politischer Kinder- und
61 Jugendbeteiligung können bereits vorhandene Best Practice-Beispiele als Vorlagen
62 genutzt werden, da diese auch die besondere Lebenswirklichkeit und die
63 Diversität von jungen Menschen berücksichtigen, sodass die Beteiligung auch mit
64 deren Alltag vereinbar ist. Die konkrete Stärkung von politischer Kinder- und
65 Jugendbeteiligung kann beispielsweise durch die Verstetigung und konsequente
66 Anwendung von §41a der baden-württembergischen GemO erfolgen.

67 **Begründung**

68 Durch das Schaffen von Resilienz und die Einbindung von Kindern und Jugendlichen
69 in politische Entscheidungsprozesse, welche die Zukunft - die Zukunft der Kinder
70 und Jugendlichen – betreffen, wird eine wesentliche Voraussetzung für mehr
71 Generationengerechtigkeit geschaffen. Die konkreten Forderungen aus der Kinder-
72 und Jugendbeteiligung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ des
73 Landtags von Baden-Württemberg zur Etablierung eines Gremiums der Kinder- und
74 Jugendbeteiligung sowie die bisherigen Handlungsempfehlungen von
75 Sachverständigen aus den Anhörungen verdeutlichen eindeutig, dass die politische
76 Beteiligung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, ausgebaut und
77 weiterentwickelt werden muss. Die Handlungsempfehlungen der Enquetekommission
78 werden die Forderungen nach einer stärkeren Beteiligung von Kindern und
79 Jugendlichen daher sicherlich aufgreifen. Bei der konkreten Umsetzung von
80 bereits vorhandenen Beteiligungsvorgaben – wie beispielsweise dem §41a GemO BaWü
81 - bestehen weiterhin Hindernisse und mangelnde Anwendung in den Kommunen. Eine
82 fehlende Verbindlichkeit bzw. die Freiwilligkeit der Beteiligung von Kindern und
83 Jugendlichen sowie die Verantwortung der Rückmeldung an die Beteiligten sollten
84 aufgrund des sinnvollen Beitrags zur Resilienz und des gesellschaftlichen
85 Zusammenhaltes umgesetzt werden. Eine Stärkung der politischen Kinder- und
86 Jugendbeteiligung soll diese Hindernisse aufgreifen und beseitigen. Hierbei sind
87 die Kinder und Jugendlichen auf den Willen und die Unterstützung von politischen
88 Entscheidungsträger*innen angewiesen.

89 Die konkrete Umsetzung des verbrieften Rechts von Kindern und Jugendlichen an
90 politischen Entscheidungsprozessen auf der kommunalen Ebene muss daher ab sofort
91 die Regel in Baden-Württemberg werden und darf hingegen nicht mehr länger die
92 Ausnahme bleiben. Deshalb ist eine angemessene politische Beteiligung von

⁹³ Kindern und Jugendlichen für die Resilienz der Gesellschaft, ihren Zusammenhalt
⁹⁴ und für eine demokratische Repräsentation aller Gesellschaftsschichten unbedingt
⁹⁵ zu ermöglichen und zu unterstützen.

Unterstützer*innen

Zora Brändle (KV Mannheim); Dirk Grunert (KV Mannheim); Daniel Jobke (KV Mannheim); Christian Bock (KV Mannheim); Stefanie Seemann (KV Pforzheim und Enzkreis); Wanja Pasdzierny (KV Mannheim); Alessandro Gambi (KV Mannheim); Thomas Poreski (KV Reutlingen); Michaela Böll (KV Mannheim); Ruth Rosenbauer (KV Rems/Murr); Carolina Lebesmühlbacher (KV Stuttgart); Erwin Köhler (KV Heilbronn); Leoni Neubauer (KV Reutlingen); David Schatz (KV Mannheim); Heike Kreicker (KV Mannheim); Florian Große (KV Freiburg); Kiriakula-Kyra Lenoudias (KV Heilbronn); Till Voges (KV Mannheim); Andreas Költringer (KV Mannheim)

V5 Eltern in die Politik! Unsere Ziele als moderne Familienpartei

Antragsteller*in: Anna Peters (KV Emmendingen)

Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Politik wird von Menschen mittleren Alters gemacht. Zum Großteil männlich, zum
2 Großteil akademisch. Für uns ist klar: Politische Entscheidungsgremien zeichnen
3 sich zurzeit in ihrer Besetzung durch einen Mangel an Vielfalt aus. Das
4 bedeutet, dass Politik weit weg ist von der Lebensrealität kleiner Kinder, deren
5 sorgeberechtigten Personen sowie älteren Menschen.
- 6 Bündnis90/Die Grünen ist eine Familienpartei! Wir wollen die Erfahrungen und
7 Perspektiven von Menschen, die Verantwortung füreinander und für andere
8 übernehmen sichtbar machen und ihnen Gehör schenken. Wir stehen für eine moderne
9 Familienpolitik, welche die unterschiedlichen Lebenslagen und Anliegen von
10 familiären Verantwortungsgemeinschaften ernst nimmt und in ihrer Politik
11 berücksichtigt und mitdenkt.
- 12 Eltern und Personen, die Care Arbeit übernehmen, haben wenig Zeit. Denn
13 zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit kümmern sie sich um andere Menschen wie
14 beispielsweise Kinder oder pflegebedürftige Personen und organisieren den
15 Haushalt. Die wenige Zeit, die übrig bleibt, darf nicht verschwendet sein. Damit
16 Eltern die Möglichkeit wahrnehmen, sich ehrenamtlich zu engagieren, muss das
17 Ehrenamt transparent zugänglich, die Ergebnisse messbar und der Zeitaufwand
18 kalkulierbar sein. Der Wunsch nach politischer Veränderung trifft oftmals auf
19 starre kommunalpolitische Strukturen. Personen mit täglicher Verantwortung und
20 Sorge für andere Menschen haben mit knapperen Zeitressourcen so de facto keine
21 Chance auf Mitgestaltung. Das wollen wir ändern!
- 22 Sitzungszeiten, die beginnen, wenn die Kinderbetreuung schließt; Sitzungen, die
23 bis spät abends gehen und eine ineffektive Diskussionskultur sind Realität in
24 vielen kommunalen Räten in Baden-Württemberg. Eltern von betreuungspflichtigen
25 Kindern sind in den Gemeinderäten in Baden-Württemberg unterrepräsentiert. Ihre
26 Erfahrungen und Perspektiven sind für politische Entscheidungen aber wichtig und
27 relevant – denn Menschen, die sich tagtäglich mit Kinderwagen, Rollstuhl oder
28 Rollator bewegen, sind schnell mit den Missständen im Bereich **Barrierefreiheit**
29 konfrontiert. Der tägliche Weg zum Bus, zur Schule, ins Schwimmbad oder ins
30 Pflegeheim kann mitunter beschwerlich sein, denn die Sicherheit im Verkehr, wenn
31 man zu Fuß, mit Kinderwagen etc. unterwegs ist, ist nicht immer gewährleistet.
32 Der Öffentliche Nahverkehr fährt besonders im ländlichen Raum nicht dann, wenn
33 es Familien brauchen und die Haltestellen sind weit weg vom örtlichen Geschehen.
34 Ebenso müssen Kommunen beim Radverkehr besser werden, damit Fahrradwege für
35 Kinder sicherer werden. Aber auch ausreichende Beschattung, Sitzmöglichkeiten,
36 und Begrünung sowie im Winter gestreute, eisfreie Wege sind wichtig für
37 Menschen, deren Aktionsradius in der Regel um ihren Wohnort herum liegt. Die
38 (mangelnde) **Klimaresilienz der Kommunen** hat unmittelbare und gesundheitliche
39 Auswirkungen – gerade bei Schwangeren, kleinen Kindern und älteren Menschen ist
40 das besonders deutlich zu sehen. Im Bildungsbereich wollen wir mit der
41 Perspektive von Familien einen Schritt nach vorne gehen: Kommunen haben als
42 Schulträger unmittelbaren Einfluss auf die Ausstattung in den Schulen. Sie
43 entscheiden über neue Schulhöfe, die gebaut werden, das Schul- und Kitaessen und

44 Familienzentren. Sehr viele Entscheidungen, die in der Kommune gefällt werden,
45 betreffen Eltern und ihre Kinder unmittelbar und jeden Tag!

46 Auch den **Fachkräftemangel** bekommen Eltern ungeschönt zu spüren. Schon während
47 der Schwangerschaft beginnt das Kämpfen: zu wenig Gynäkolog*innen und Hebammen,
48 damit Schwangere gut versorgt sind, zu wenige Kreissäle im Umkreis, teilweise
49 mit einer Fahrtstrecke von 40 km zur Entbindung, zu wenige Kinderärzt*innen, zu
50 wenige Kitas und sonstige Betreuungsplätze und schließlich der
51 Lehrer*innenmangel an Schulen. An allen Ecken und Enden werden Eltern mit diesem
52 Fachkräftemangel konfrontiert.

53 Diese Erfahrungen sind wertvoll und wichtig für politische Entscheidungen, die
54 Auswirkungen auf die Gesellschaft haben. Deshalb müssen sie Gehör finden.
55 Politik kann nur für alle Menschen da sein, wenn die Perspektiven und
56 Lebenslagen aller Menschen gehört und erkannt werden. Dabei sind Eltern häufig
57 im vorpolitischen Raum aktiv – sie organisieren Elternabende oder sind
58 Elternbeiratsvorsitzende. Sie sammeln Unterschriften für Tempo 30 vor dem
59 Kindergarten oder setzen sich für besseres Essen in der Schulkantine ein,
60 mehrheitlich sind das in diesen Fällen Mütter. Wie also können die wichtigen
61 Erfahrungen und Perspektiven von Eltern in die Politik einfließen? Indem wir
62 mehr Eltern für politische Ämter gewinnen!

63 **Eltern – in die Kommunalpolitik!**

64 Ein wichtiger Baustein, um Eltern die Teilnahme an Kommunalpolitik zu
65 ermöglichen, ist die Betreuung ihrer Kinder in Kindertagesstätten oder durch die
66 Kindertagespflege. Zwischen 2010 und 2020 führte der Ausbau der
67 Kindertagesbetreuung in Baden-Württemberg zu einem Anstieg der betreuten Kinder
68 um 18%. Daneben wuchs das pädagogische Personal zwischen 2011 und 2020 um 72%,
69 dies ist ein Erfolg der Grün geführten Landesregierung! Auch die aktuellen
70 Maßnahmen zur Abfederung des Erzieher*innenmangels, wie etwa der
71 „Zukunftsparagraph“ oder das höhere Gehalt in Baden-Württemberg, sind richtig
72 und wichtig. Trotz Zukunftsparagraph sind weitere Anstrengungen im Ausbau der
73 Betreuungsplätze und in der Gewinnung und Haltung und von Fachpersonal
74 unerlässlich und dringend notwendig, deswegen setzen wir uns in Kommunen und im
75 Kultusministerium im Land mit Hochdruck dafür ein, dass mehr ausgebildetes
76 Fachpersonal gewonnen werden kann.

77 Und gleichzeitig bekommen Familien keinen Betreuungsplatz, schließen Kitas
78 früher oder auch mal einen ganzen Tag. Das System ist auf Kante genäht und für
79 Familien, die darauf angewiesen sind, ist es nicht verlässlich. Das birgt nicht
80 nur die Gefahr, dass Eltern ihrer Erwerbsarbeit vermindert oder gar nicht mehr
81 nachkommen können, sondern stellt auch ein demokratisches Problem dar. Ohne
82 Kinderbetreuung ist für viele ein kommunalpolitisches Engagement ein zeitlicher
83 Luxus, den sie sich nicht leisten können. Denn das kommunalpolitische Engagement
84 konkurriert mit Erwerbsarbeit, Care Arbeit, Familie, Freunden und Hobbies. Die
85 Folgen sind fatal, denn dadurch sind Eltern in kommunalpolitischen Gremien
86 unterrepräsentiert. Dies gilt insbesondere für alleinerziehende Eltern. Weitere
87 Anstrengungen, Kommunalpolitik für Eltern attraktiv zu machen, sind daher
88 unerlässlich. Es braucht aber grundlegender noch einen gesellschaftlichen
89 Wandel, der Eltern in ihrer Vielfalt anerkennt und ihre Herausforderungen ernst
90 nimmt. Ihre Belange sind keine Privatangelegenheit, sondern hängen grundlegend
91 mit der Frage nach demokratischer und gesellschaftlicher Teilhabe zusammen.

92 Bündnis 90/Die Grünen ist die Partei, die diese Zusammenhänge sieht und einen
93 Wandel zum Ziel hat.

94 **Das familienfreundliche Rathaus: Elternschaft ganzheitlich kommunalpolitisch**
95 **gedacht**

96 Auf jeder politischen Ebene finden wir Defizite bezüglich der Vielfalt in
97 politischen Entscheidungsgremien. Dies gilt auch für die Kommunalpolitik – sei
98 es bei ehrenamtlichen Mandatsträger*innen oder bei Bürgermeister*innen. Eine der
99 bislang unterrepräsentierten Gruppen sind Eltern jüngerer Kinder, insbesondere
100 Mütter.

101 Der mangelnden Repräsentanz steht eine besondere Betroffenheit entgegen.
102 Kommunalpolitische Regelungen haben oftmals sehr tiefgreifende Auswirkungen auf
103 Familien mit Kindern – vom Kita-Angebot und Gebühren, über Schulgebäude bis hin
104 zu Spielplätzen oder Angeboten und Kosten der Musikschule. Der Blickwinkel von
105 Eltern ist wertvoll! Deswegen setzen wir Grüne uns dafür ein, dass Familien mit
106 Kindern auch auf kommunaler Ebene eine starke Stimme erhalten.

107 Dabei ist es uns wichtig, Elternschaft in der Kommunalpolitik ganzheitlich zu
108 denken:

- 109 • Repräsentanz von Eltern in kommunalen Gremien
- 110 • Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb
111 kommunaler Gremien
- 112 • Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber

113 **Repräsentanz in kommunalen Gremien**

114 Wir Grüne wollen die Rahmenbedingungen für das kommunalpolitische Ehrenamt und
115 die Vereinbarkeit von Mandat sowie familiären und beruflichen Verpflichtungen
116 verbessern.

117 Im Antrag für ein attraktives kommunalpolitisches Ehrenamt unserer
118 kommunalpolitischen Vereinigung GAR (Grüne und Alternative in den Räten) finden
119 sich zahlreiche Vorschläge für strukturelle Erleichterungen:

- 120 • Förderung hybrider Sitzungen
- 121 • Vorschläge zur Effizienzsteigerung von Sitzungen wie Begrenzung der
122 Sitzungs- und Redezeit
- 123 • Sonderpauschalen für Care-Arbeit zusätzlich zu den regulären
124 Sitzungsgeldern (Änderung der Entschädigungssatzungen in den Kommunen)

125 Insbesondere Alleinerziehende finden sich besonders selten in
126 kommunalpolitischen Gremien. Wir wollen ein landesweites Netzwerk für
127 alleinerziehende Mandatsträger*innen aufbauen und in regelmäßig stattfindenden
128 Treffen deren Bedarfe und Verbesserungsvorschläge abfragen. Als Elternnetzwerk
129 und GAR innerhalb der Grünen Baden-Württemberg wollen wir empower und
130 ermutigen, weiterzumachen, auch wenn es anstrengend ist und das politische
131 Netzwerk nutzen, um die Lösungen vor Ort dann wieder umzusetzen.

132 **Beteiligung von Eltern an kommunalpolitischen Prozessen außerhalb kommunaler**
133 **Gremien**

134 Auch außerhalb des Gemeinderats ist es uns wichtig, die Beteiligung von Familien
135 mit Kindern auf kommunaler Ebene zu verbessern.

136 Wir wollen die Beteiligung für Eltern und Kinder in den Fokus zu nehmen. Zu
137 diesem Zwecke werden wir die Bürgerbeteiligungsbeauftragten der Kommunen aus
138 ganz Baden-Württemberg zum Austausch einladen, um gemeinsam Konzepte und Ideen
139 zu erarbeiten. Vor Ort machen sich unsere Kommunalpolitiker*innen dafür stark,
140 Einwohner*innen-Versammlungen zu Themen durchzuführen, die speziell Eltern
141 ansprechen. Beispielsweise die Vorstellung der Kindergartenbedarfsplanung,
142 Schulrenovierungen oder Kita-Öffnungszeiten. Wir setzen uns dafür ein, dass
143 diese Einwohner*innen-Versammlungen zu Uhrzeiten und an Tagen stattfinden, die
144 elternfreundlich sind. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass es parallel zu
145 diesen Einwohner*innen-Versammlungen ein Betreuungsangebot für Kinder gibt.

146 Gesamtelternvertretungen wollen wir im Gemeinderat eine stärkere Stimme geben
147 und setzen uns vor Ort dafür ein, dass Sie in betreffenden Ausschüssen nicht nur
148 Frage-, sondern ein Rederecht erhalten.

149 **Kindern eine Stimme geben – Beteiligungsprozesse für Kinder & Jugendliche**

150 Uns ist es wichtig, dass Kinder und Jugendliche von klein auf lernen, dass ihre
151 Stimme zählt und Demokratie nur gemeinsam funktioniert! Wir wollen neue Konzepte
152 ermöglichen, wie beispielsweise spielerische Beteiligung von Kindern durch
153 kontinuierlich stattfindende Beteiligungsformate. Hier gibt es viele Formen von
154 Beteiligung: punktuelle, längerfristige und institutionell verfasste wie z.B.
155 die Jugendgemeinderäte. Wir wollen aber auch neue Formate entwickeln, wie
156 beispielsweise bei der Planung von Spielplätzen oder in der Schule durch
157 jährlich stattfindende „8er Räte“ als barrierefreies Beteiligungsmodell für
158 Jugendliche. Wir plädieren dafür, dass Kommunen dem Artikel 41a aus der
159 Gemeindeordnung nachkommen: *(1) "Die Gemeinde soll Kinder und muss Jugendliche
160 bei Planungen und Vorhaben, die ihre Interessen berühren, in angemessener Weise
161 beteiligen. Dafür sind von der Gemeinde geeignete Beteiligungsverfahren zu
162 entwickeln[...]"* Wir wollen, dass Kommunen zu einem demokratischen Lernort für
163 Kinder und Jugendliche werden. Beteiligt man Kinder und Jugendliche, erreicht
164 man so auch ihre Eltern und kann sie einbinden.

165 **Kommunalverwaltung als familienfreundlicher Arbeitgeber**

166 Der zunehmende Fachkräftemangel ist auch für unsere Kommunalverwaltungen eine
167 große Herausforderung. Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für
168 familienfreundliche Arbeitsbedingungen ein – auch in unseren
169 Kommunalverwaltungen.

170 Für besonders vorbildliche Kommunen möchten wir zukünftig einen landesweiten
171 „Vereinbarkeitspreis“ ausloben. Dieser soll Kommunalverwaltungen motivieren und
172 ein Aufhänger für eine landesweite „Best-Practice“ Sammlung sein. Hierzu gehören
173 beispielsweise die Schaffung von Familienbüros, der Ausbau von Homeoffice
174 Angeboten, flexible Arbeitszeiten. Vor Ort wollen wir gemeinsam mit unseren
175 Verwaltungen in einen engen Dialog treten, wie diese Rahmenbedingungen weiter
176 verbessert werden können.

177 **Wofür wir uns bundespolitisch einsetzen!**

178 Auch unser Steuer- und Finanzsystem fußt auf Strukturen, die nicht für die
179 moderne Familie gemacht sind! Denn das Ehegattensplitting bevorzugt
180 Familienkonstellationen, in denen es eine*n Hauptverdiener*in und einen

181 Nebenverdiener*in gibt. Dieses Steuermodell schadet vor allem Frauen, denn sie
182 sind meistens diejenigen, die vor der Familiengründung schon weniger verdient
183 haben und danach kürzertreten. Das ist nicht vereinbar mit unseren
184 feministischen Erfolgen und Werten. Wir Grüne aus Baden-Württemberg stehen
185 hinter der bundesweiten Forderung, dass das Ehegattensplitting durch
186 individuelle Besteuerung ersetzt werden soll und vor allem Familien mit Kindern
187 steuerlich entlastet werden. So profitieren endlich **Familien** von staatlicher
188 Unterstützung, denn Familie ist mehr als nur ein verheiratetes Elternpaar mit
189 Kindern. Immer häufiger sind Eltern nicht miteinander verheiratet, Familien
190 leben in Patchwork-Konstellationen oder in Konstellationen, in denen mehr als
191 zwei Menschen Verantwortung für die Familie übernehmen. Diese modernen Familien
192 Formen müssen im Steuerrecht berücksichtigt werden.

193
194 Des Weiteren setzen wir uns als Grüne Baden-Württemberg für eine echte
195 Anrechnung von Care-Arbeit für die Rente ein. Denn Frauen, die im Schnitt zwei
196 Stunden pro Tag mehr Care-Arbeit leisten, spüren das häufig am Ende bei der
197 Rente besonders und haben ein höheres Risiko (besonders durch Scheidungen) in
198 Altersarmut zu rutschen! Auch darf (kommunalpolitisches) Engagement nicht dazu
199 führen, dass dies zu Lasten der Erwerbsarbeit geht und somit ein weiteres Risiko
200 für Altersarmut geschaffen wird. Diese finanzielle Abhängigkeit von Ehemännern
201 und Partnern wollen wir beenden und setzen uns deswegen dafür ein, dass ein
202 kommunalpolitisches Amt ebenfalls in den Rentenpunkten bedacht wird.

203 Mit den oben aufgeführten Punkten soll ein erster Schritt in eine vielfältige
204 kommunalpolitische Welt gelingen, in der sich die Gesamtheit der Gesellschaft
205 gleichermaßen widerspiegelt und möglichst alle Gruppen eine gleichstarke Stimme
206 haben. Wir setzen uns als Elternnetzwerk der Grünen Baden-Württemberg dafür ein,
207 dass Politik nach der Kommunalwahl 2024 im ganzen Land von, mit und für Eltern
208 und Familien gemacht wird, denn es ist an der Zeit, dass ihre Perspektiven und
209 Lösungsvorschläge endlich einbezogen werden!

Unterstützer*innen

Sarah Hagmann (KV Lörrach); Jasmin Ateia (KV Freiburg); Swantje Sperling (KV Rems/Murr); Jorinda Fahringer (KV Karlsruhe); Elena Bollin (KV Emmendingen); Eva Edelmann-Ohler (KV Konstanz); Katharina Kulvelis (KV Freiburg); Christine Straub (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Andrea Matuschek (KV Ettlingen); Julia Seydel (KV Freiburg); Olivia Küster (KV Ulm); Viona-Loreen Merkle (KV Tübingen); Artur Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Salome Ebinger (KV Ludwigsburg); Richard Langer (KV Tübingen); Jonathan Ben-Shlomo (KV Freiburg); Hannes Fugmann (KV Freiburg); Jessica Heiss (KV Schwäbisch Gmünd); Clara Madeleine Wellhäufser (KV Freiburg); Sabrina Eichin (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Anna Katharina Chavier (KV Waldshut); Silke Holzbog (KV Ludwigsburg); Margarete Sigel (KV Karlsruhe); Colin Christ (KV Heilbronn); Miriam Sonnenbichler (KV Karlsruhe); Julia Wagner (KV Stuttgart)

V6 Stärkung der Seniorenräte

Gremium: LAG Grüne Alte
Beschlussdatum: 14.09.2023
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Wir fordern den Landtag auf, die Gemeindeordnung um einen Paragraphen zur
- 2 Etablierung von Seniorenräten zu erweitern. Muster kann und soll dabei der
- 3 aktuelle §41a der Gemeindeordnung sein, der ähnliches für Kinder und Jugendliche
- 4 regelt.

Begründung

Seniorenräte sollen Aufgaben in der Beratung übernehmen und unterstützen den Gemeinderat bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie für ältere Bürger*innen. Seniorenräte sind die Vertreter*innen der Belange älterer Menschen.

Viele Senior*innen sind bereit, ihre Kompetenzen und Erfahrungen für das Gemeinwohl einzusetzen und wollen aktiv an der Gestaltung von Gesellschaft und Politik mitwirken. Sie sollten mit ihren Belangen gehört werden.

Ein generationenübergreifendes Miteinander bewirkt, dass Kommunalpolitik für die älteren Bürger*innen nicht ohne sie gemacht wird, sondern mit ihnen.

Zu den Themen, mit denen sich Seniorenräte auseinandersetzen, gehören alters- und behindertenfreundliche, barrierefreie Innenstädte, niedrigschwellige Begegnungsstätten, ein funktionierender Öffentlicher Nahverkehr, sowie Beratungsleistungen für z.B. Vorsorgeverfügungen, aber auch die Organisation von Veranstaltungen und ehrenamtliches Engagement.

Dabei ist die Beteiligung der Senior*innen für alle sie betreffende Belange sicher zu stellen. Die Einrichtung von Seniorenräten ist ein hilfreiches Mittel und die von uns bevorzugte Beteiligungsmöglichkeit. Die Regelungen im §41a der baden-württembergischen Gemeindeordnung für Jugendliche sind eine gute Blaupause für die Gestaltung eines passenden Paragraphen für die Seniorenräte.

V7 Verpflichtende Hitzeschutzpläne landesweit

Gremium: LAG Grüne Alte
Beschlussdatum: 14.09.2023
Tagesordnungspunkt: V Sonstige Anträge und Resolutionen

- 1 Alle Kommunen bzw. Landkreise in Baden-Württemberg werden verpflichtet, im
- 2 Zeitraum eines Jahres einen Hitzeschutzplan zu erstellen. Die Maßnahmen sollten
- 3 mindestens die drei folgenden Bereiche umfassen: 1. Einrichtung von
- 4 Informationssystemen zu gesundheitlichen Gefährdungen und Verhaltensweisen an
- 5 Hitzetagen. 2. das Management von plötzlich auftretenden Extremereignissen zum
- 6 akuten Schutz der Menschen an Hitzetagen, Tagen mit Starkregen oder Gewitter 3.
- 7 die langfristige Anpassung städtischer sowie auch ländlicher Strukturen zur
- 8 Reduktion des Wärmeinseleffekts.

Begründung

Extremwetter ist auch in Baden-Württemberg normal geworden, mit Temperaturen über 30 Grad und destruktiven Wetterumschwüngen, mit Sturm und Starkregen. Hitzewellen sind eine Gefahr für die Gesundheit, vor allem für sensible Personen (Ältere, Kinder) und auch eine Bedrohung für Pflanzen und Tiere. In Baden-Württemberg gibt es inzwischen ein Aktionsbündnis zum Schutz vor Hitze von Gesundheitsministerium, Landesärztekammer und Deutscher Wetterdienst, was zeigt wie wichtig die Zusammenarbeit von Experten auf verschiedensten Feldern ist. Wichtig wäre noch die Einbeziehung von Naturschutzverbänden. Wichtige Maßnahmen, die in Hitzeschutzplänen geregelt werden, können zum Beispiel Baumpflanzungen, Anlegen von Hecken, Begrünungsmaßnahmen, Entsiegelung, Sorge für Wasserspeicherung und Verdunstung sein.

Es gibt einzelne Kommunen wie z. B. Mannheim und Heidelberg, welche bereits Hitzeaktionspläne für ihre Stadt erstellt und teilweise auch schon umgesetzt haben. Wichtig ist uns, dass die Planungen für alle Kommunen **verpflichtend** sind und bald erfolgen!